

Dresdner Nachrichten
Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.
Druck und Eigentum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Die Witterungsaussichten nach dem Meteorol. Bureau zu Leipzig für heute den 9. Februar lauten: Wolkig, gelegentlich aufklärend, Niederschläge, schwache südwestliche Winde, mild.

Hoppel & Co., Bankgeschäft, Schloßstr. 14, gegenüber d. Sporang.

An- u. Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltl. Control der Verlosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domildestelle für Wechsel.

Panopticum, Seestraße 2, I.

Neu ausgestellt: Jules Grévy.

Politisches.

Je näher die Eröffnung des Reichstages, desto größer der Hirtwarr in volkswirtschaftlicher Beziehung, desto peinlicher die Ungewißheit über die Zoll- und Steuerfragen. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß nicht neue Projekte auftauchen. Gestern war es ein neuer Zoll auf eingeführtes Brennholz, heute kommt die Verpachtung ausländischer Stein- und Braunkohlen daran. Thatsächlich geht es in Deutschland gegenwärtig nicht einen menschlichen Erwerbszweig, dessen Zukunft nicht unter der Ungewißheit litt. Keine einzige Industrie vermag sich auch nur auf die nächsten Monate einzurichten, noch weniger weiter hinaus zu disponieren; ein Kleinmuth greift Platz, dessen Folgen fast schlimmer sind als schwere Arden und harte Verluste. Es ist die höchste Zeit zu festen Bestatungen, zu klaren Abschüssen zu kommen. Die verzagende Industrie, die zurückgehende Landwirtschaft, der darniederliegende Handel, das arbeitslose Handwerk haben das Recht, ein Ende dieser schrecklichen Ungewißheit zu verlangen. Dies muß der nächste Mittwoch zusammenetzende Reichstag schaffen. Dessen sollte sich jeder Abgeordnete, dem die Nation die Wahrung ihrer höchsten Interessen anvertraut, bei seiner Fahrt nach Berlin bewußt bleiben. Augenblicklich regten die Getreidezölle die öffentliche Meinung im höchsten Grade auf. Fürst Bismarck verlangt einen Eingangszoll von 50 Pf. auf den Centner eingeführten Weizens, Hafers und Gerstes und von 25 Pf. für Roggen und Mais. Da veröffentlicht nun der frühere Reichsanwaltspräsident Delbrück eine Denkschrift, die sich mit Schärfe gegen alle Getreidezölle ausspricht. Sie weist nach, daß ein solcher neuer Getreidezoll (unter Voraussetzung der Freilegung des Durchgangsverkehrs) brutto 13 1/2 Millionen Mark der Reichskasse einbringen würde. Deutschland erzeugt bekanntlich nicht seinen Bedarf an Weizen selbst, obwohl seine vorvollkommene Landwirtschaft erheblich mehr Getreide baut, als es für seine Einwohner zu nähren, ist es auf die Zufuhr von etwa 40 1/2 Millionen Centner ausländischen Getreides angewiesen. Von jenem Extrag von 13 1/2 Millionen Mark gehen aber nach erhebliche Summen für jene Vorräthe ab, die künftig die Reichsverwaltungen theurer für den Bedarf des Heeres, der Marine und Post zu kaufen hat. Delbrück schließt weiter, daß unter der Vertheuerung des Getreides gerade die ärmeren Klassen am meisten leiden würden. Diese würden, da ihnen das Brod dann theurer käme, weniger Geld zum Ankauf von anderen Verwendungsgegenständen übrig haben und somit würde gerade die Industrie durch einen Getreidezoll erhebliche Schädigung erfahren.

Gestern sollte der definitive Friede zwischen der Türkei und Rußland zum Abschluß gelangen. Die Porte überreicht zu diesem Behufe ihre albanischen Festungen Spuz und Bogorica an die Rentengenerale; die Russen verlassen Humelien, General Tolstchen räumt Adrianopol. Es fehlte bis gestern nur noch die Unterzeichnung des Vertrages durch den Jaren und den Sultan, sonst war Alles in Ordnung. Mit diesem Friedensschlusse wäre ein wesentlicher Theil des Berliner Kongresswerkes ausgeführt und mag nun die Schwere der fortgesetzten Kriegsbereitschaft oder die Festigkeit der letzten Druck auf Jaz und Sultan ausgeübt haben — es ist für den ganzen Erdtheil ein Glück, wenn endlich die zwijährige Kriegsperiode geschlossen wird. Noch bleibt freilich die Entschädigung Griechenlands, sowie die Neuordnung Bulgariens, resp. die Wahl eines Fürsten für diesen neuesten Staat übrig, auch birgt die Stellung der Rumelien nach Abzug der Russen manche Schwierigkeiten. Aber mit letzterer Maßregel wird doch der hauptsächlichste Stein des Anstoßes entfernt. Freilich entbrennt in denselben Augenblicke, da sich zwischen Albanien und Montenegro Alles friedlich ordnen will, auf der entgegengesetzten Ecke der Balkonhalbinsel ein neuer Konflikt. Rußland weigert sich, entgegen dem Willen des Berliner Kongresses, den Rumänen das Fort Arab-Tabia abzutreten. Ohne dieses hat Rumänien keine richtige Verbindung mit der ihm jenseits der Donau zugewiesenen Dobrubtscha. Die Rumänen haben die Russen aus dem Fort hinausgedrängt, diese wollen ihre früheren Verbindungen mit Oranien wieder heraufwerfen. Wenn die Berliner Vertragsmächte einig sind, so wird das gute Recht Rumäniens zu Ehren kommen; anderns wird es abermals von seinem unankbaren Verbündeten eine schwere Beeinträchtigung erleiden.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Vocales und Sächliches.

Das neue wirtschaftliche Programm des Reichsanwalts greift tief in die Interessen der verschiedensten deutschen Industrien ein, weshalb in den Kreisen der Industriellen lebhaft, ebenso wie in denen der Landwirthe, Stellung dazu genommen wird. Am 12. und 13. d. findet in diesem Zwecke in Berlin ein Kongreß der deutschen Lederfabrikanten statt, zu welchem aus Dresden Herr Rudolf Bierling (Firma von Bierling) geladen ist. Um nun die allgemeine Ansicht der Vertriebsgenossen kennen zu lernen, hatte gestern Herr R. Bierling die Vertriebsgenossen der Dresdener Lederfabrikanten zu einer Versammlung berufen, in welcher er die Tagesordnung des bevorstehenden Berliner Kongresses vorlegte und eine vorläufige Beschlussefassung darüber vorbrachte. Zunächst fand eine allgemeine Debatte über die Frage: ob Schutzzoll oder Freihandel, statt, obgleich diese, streng genommen, zur Sache nicht gehörte. Von Interesse war dabei eine gegen den Freihandel gerichtete Resolution des Statutabw. (Herrn), der u. A. auch dem schiedlichen Sächsischen Landtag entgegen, durch welches dem Konventionen die Waare vertheuert, der Produzent aber getrübt wird, während der unthätige Zwischenhändler den Hauptgewinn davonträgt. Dann trat man in das eigentliche Thema ein. Die Konvention des amerikanischen Handelsvertrages von 1872 und geändert seitdem immer mehr und mehr die deutsche Leder-Industrie. Seit 1875 ist die Vertheuerung für einen Eingangszoll für das Ferkelleder im Ganzen, höher oder ohne Erfolg. Die Verammlung beschloß, einen Eingangszoll von 20 Pf. pr. Centner für amerikanisches und überhaupt oberseitsches Leder (Sohlenleder) und einen von 40 Pf. auf amerikanische, zu Treibriemen und Schuh- und Stiefelbelien geschlitten, vorzuschlagen. Falls gegen den Wunsch der Interessenten, ein Eingangszoll auf Rohhäute und Gerbstoffe gestellt werden sollte, wäre der Satz von 20 Pf. von Hr. Wobbenker verhältnißmäßig zu erhöhen. Zu bemerken ist, daß sich während der deutsche Lederkongreß in Amerika einem hohen Eingangszoll unterliegt, amerikanisches Leder solltet bei und eingekauft wird. Abgesehen von solchen Fälle, wird vorgeschlagen, bei Abbruch mit Staaten, die den deutschen Import mit hohen Zöllen belegen, deren Waaren in paritätischer Weise zu beschützen. Auf England, welches die deutsche Waare frei einläßt, findet dieser Vorschlag natürlich keine Anwendung. Schlußworte wendet man sich nach gegen die Vertheuerung einbringender rober Häute und Felle, sowie Gerbstoffe, da das Inland nicht in der Lage ist, solche in ausreichender Menge zu produzieren. Demwiderständlich auch nicht die Zollerhöhung, daß ausländische Mengen rober Häute aus Deutschland nach Rußland und selbst nach Amerika geföhrt werden; Deutschland ist namentlich betref der Karften, Sechsenleder gebenden Häute auf den Import angewiesen. Auf dem Berliner Kongresse werden noch die Eisenbahntraktate zur Beratung kommen, doch hat man in der gestrigen Versammlung davon ab, hierzu Stellung zu nehmen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 8. Februar. Abgeordnetenhause. Bei dem Etat der Eisenbahn-Verwaltung erklärte Handelsminister Maybach, auf mehrere Anfragen wiederholt das Wort nehmend: Was die Eisenbahntaxireform und seine Stellung zum bezüglichen Schreiben des Reichsanwalts anbetreffend, so handle es sich um eine Angelegenheit des Reichs, deren Erörterung die Vertreter der preussischen Regierung bisher hier abgelehnt haben. Die Angelegenheit werde überdies nicht durch ihn, sondern durch das Staats-Ministerium zum Ausdruck gelangen. Die Staats-Aufsicht über die Privatbahnen sei allerdings eine sehr beschränkte. Die Privatbahnen seien in der Lage, so willkürlich die Tarife zu beschreiben, daß man allerdings von einer Ausbeutung sprechen könne. Die Behauptung, daß die Regierung die Privatbahnen ruinierte, um sie nachher billig zu erwerben, müsse er auf das Bestimmteste zurückweisen. Sein Verhalten gegenüber den Privatbahnen sei stets ein loyales und würdiges gewesen. Sobald man übrigens mit der Erweiterung der Bahnen vorgehe, werde man dies nicht rückwärts thun, sondern gleich ganze Gruppen Bahnen zum Ankauf vorschlagen.

Im Allgemeinen wird man diesen Delbrück'schen Schlussfolgerungen innere Berechtigung nicht absprechen können. Erföhrend behandeln sie die Frage jedoch nicht. Denn Delbrück verschweigt, daß den Konsumenten es ganz gleichgültig ist, ob sie das Brod deshalb theurer bezahlen, wenn das ausländische Getreide dem Staate einen Zoll entrichtet oder ob die großen Getreidebesitzer künstlich den Werth des Getreides hoch halten. Ein Zoll von 25 Pf. z. B. auf den Centner Getreide machte den jetzigen Brodpreis lange noch nicht so theuer, wie voriges Jahr, wo das Getreide viel theurer war und sich im Ganzen Niemand beschwerte. Trotzdem glauben wir, sind andere Massenproduktgegenstände mehr geeignet zu einer höheren Besteuerung als gerade das Korn. Vor kurzem haben sich die Stadtverordneten-Kollegien mehrerer rheinischer Städte entschieden gegen Kornzölle ausgesprochen und dieser Tage sind Rath und Stadtverordnete der beiden größten Städte Preußens, Berlin und Breslau, ihnen in entsprechenden Protesten gefolgt. Der Telegraph verschweigt natürlich diese bedeutsamen Kundgebungen, weil sie an gewisser Stelle unangenehm berühren. Nicht das aber ist die Hauptsache, welchen Einbruch Fürst Bismarck von der Beurtheilung seiner so verschiedenartigen und sich theilweise widersprechenden Steuer- und Zollprojekte empfängt, sondern was der Nation als solche dient. Das sind nicht Getreidezölle, das ist ein ausreichender Schutz der darniederliegenden Industrien. Wohl wird sich der Reichstag nicht der Vermehrung der Reichseinnahmen durch bessere Heranziehung einzelner indirekter Abgaben z. B. von Tabak, von ausländischen Weinen und Bierem widersetzen können, um Ordnung in die Finanzen zu bringen. Auch einige Zugsteuer z. B. auf die Ausübung der Jagd, eine Börsensteuer (woraus soll die Uebertragung des beweglichen Besitzes frei bleiben, wenn die des unbeweglichen Besitzes so hoch bestimmt ist?) wären in's Auge zu fassen, aber vor Allem sind Ersparnisse an den Ausgaben anzubringen und das Allernothwendigste ist: Vertheuerung dem Gewerbetreibenden zu schaffen und mit den vielen neuen Steuerprojekten gründlich reinen Tisch zu machen.

Der Landtagsabgeordnete Veitrik auf Deutsch-Woldena ist hier eintraffen, um Namens der Genossenschaft des Reichsvereins die Debatte über den schwebenden Staatsanwalter v. Fritsch zu bewegen, ein Reichstagsmandat anzunehmen.

Das Restaurationsgebäude, welches die Stadt Dresden auf der Höhe des Saloppensbergs aufgeführt hat, nähert sich seiner Vollendung. Ein schmuckes Gebäude ist dort entstanden, das in seinem rothen Ziegelaufbau weit hinaus in die reizende Umgebung leuchtet und von dessen einzelnen Zimmern man eine Plaza und Fernsicht genießt, wie sie sich selbst in unserm am höchsten Ausflüßten reichen Dresden kaum wieder ein zweites Mal findet. Das Gebäude ist im deutschen Renaissancestil gehalten; in demselben Stil sind auch die Zuhilfenahme, die Treten und die sonstige Ausstattung. Alles ist raffisch und anmuthig. Für Dresden ist damit wirklich ein neuer Wundpunkt geschaffen, um den uns andere Städte mit Recht beneiden werden. Man kann diesem Punkte eine mächtige Ausdehnungskraft vorbezeichnen, sobald der Stadtrat einen tüchtigen Wächter findet und die Dampfstraße am Fuße der Saloppe holt.

In der letzten Sitzung des Alttribunalsberichts ward in einem Vertheil des Historienmalers Andrea einseitig der Krone abgelehnt, die im Reich Sr. f. Robert des Prinzen Georg befehligte, schon gegenwärtig der künftigen Kunstmuseumausstellung 1875 einen interessanten Gegenstand der Vertheuerung für die künftigen und andernartigen Wäcker bildete. Es ist dies die Krone, die Ludwig der Heilige von Frankreich getragen. Ein hervorragender Kunstkenner, der Alttribunalsberichtsleiter Jules Helbig, hat noch neuerdings Forschungen angestellt und auf Grund derselben die obige Annahme bestätigt. An das künftige Kunstmuseum gelangte die Krone nach Auslösung des Domänenverwalters zu Lüßitz, welchem Ludwig das Kleinod geschenkt hatte.

Der Direktor des k. statistischen Bureau's, Herr Reg.-Rath Dr. Wobbenker, hielt diese Tage im hiesigen (a u m a n n s c h e n) Hotel ein Vortrag über die Ergebnisse der künftigen Tabak- (Faguet), welche er in Zahlen selbst gezeichnet hat. Zum Schluß berührte er die in Aussicht stehende wirtschaftliche Reform und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Einführung der Getreidezölle sich ebenso unumkehrbar erweisen werde, als die Einführung des Tabak- (Faguet) und des Reichssteuerabkommens. In den überflüssigen Hoffnungen, die sich an das wirtschaftliche Programm des Ministers knüpfen, liegt eine große Gefahr für die Industrie. So würden dem deutschen Werke sehr harte Anstrengungen bevor. Er schloß mit der Hoffnung, daß der öffentliche Geist durch die lebhaftere Betheiligung mit Handel-, Zoll- und Finanzfragen nach und nach auch zur geistigen Arbeit und zu einem maßvollen Urtheil in diesen Dingen gelangen werde.

Der Reichsanwalt hat die Vertheuerung der Lebensmittel im Allgemeinen, wird demnach an die deutsche Bundesversammlung ein Circular ergehen lassen, in welchem er dieselbe bittet, den Vertheil von Vorkäufen und Vorkäufen, deren angeforderte Zweck es ist, in markthare erlöser Weise Kräfte und Gehelmsmittel anzupressen und deren Zweck bekannt zu machen (siehe S. 4. Dr. April's Naturheilmethoden, Dr. Retzow's und Laurentz's Selbstbeobachtung, u. A.), im Interesse der Sorge für Leben, Gesundheit und Verändern der Staatsangehörigen nicht nur dem Handel einzustellen, sondern auch dem anerkennenden Vertheil mit allen Kräften entgegenzuarbeiten. Mehrere Chemiker, Buchhändler sind in dieser Hinsicht ihren Herren Kollegen bereit mit gutem Beispiel voranzugehen.

Bei dem Eisenbahnkongreß bei Porta in Sachsen ist auch ein Durchgangsvertrag von Altm nach Leipzig und Dresden fest geschlossen worden, und zwar auf dem Vorschlag derer selbst.

Paris, 8. Februar.

Paris, 8. Februar. Präsident Grey empfing das diplomatische Korps und sprach seine hohe Befriedigung über die ausgezeichneten Beziehungen Frankreichs zu den auswärtigen Mächten aus. Er könne die Versicherung hinzufügen, daß die Regierung der Republik alles Mögliche thun werde, um jene Beziehung zu konsolidieren. Er bitte die fremden Vertreter, ihren Regierungen seinen Dank zu übermitteln für die Bereitwilligkeit, womit sie die Stellung ihrer Vertreter bei der republikanischen Regierung geregelt.

Vetersburg, 8. Februar. Man meldet officiös: Die Wohnungen, in welchen sich an der Epidemie verlorbene oder erkrankte Personen befanden hätten, würden zum zweiten Male desinficirt, alle verbleibenden Abwässer verbrannt, gleichzeitig zur Einwirkung von besonderen Fiebrhöfen geschritten, die desöbsten Punkte mit Medikamenten und Desinfektionsmitteln versehen und es sei durch die ergriffenen Maßnahmen die Möglichkeit der Lokalisierung der Epidemie vollständig gesichert.

Bu f a r e n, 7. Februar. Man glaubt in diesem unterirdischen Kreise, daß auch Rußland innerhalb in der Frage der Grenzvertheilung zwischen der Dobrubtscha und Bulgarien (die im

Die Veröffentlichung des Oktobervertrags zwischen Oesterreich und Deutschland über Nordschleswig ist erst so spät und gerade jetzt erfolgt, um dem demnächst zusammenzutretenden Reichstage für die harten Rüsse, die er zu knaden haben wird, wenigstens in der auswärtigen Politik einigen Ersatz zu bieten. In der That würdigt das deutsche Volk allgemein und dankbar diesen Erfolg. Es tritt jetzt der klare Zustand wieder ein, den der Gär Frieden schuf, wonach Dänemark die Elbherzogthümer bis zur Königau abtrat. Und nicht, weil der Herzog von Cumberland eine Dänemprinzessin freite, schloß Fürst Bismarck, um Dänemark zu strafen, den Vertrag über Nordschleswig untrübbarer Zughör mit Oesterreich ab, vielmehr umgekehrt war es: seit Dänemark erfährt, daß es auf jede Forderung, Nordschleswig wieder zu erhalten, verzichten mußte, rächte es sich an Bismarck, indem es einen erklärten Gegner von dessen Politik, dem Herzog von Cumberland, nicht länger eine Gemahlin aus seiner Königsfamilie verweigerte. Der deutsche Reichstag wird gewiß den Erfolg in der nordschleswigschen Frage, mit dem Fürst Bismarck vor ihm erscheint, freudig anerkennen, aber sich kaum bereit finden lassen, deshalb in der inneren Zoll- und Steuerpolitik allen seinen Plänen zugestimmt, sondern nur das für heilsam Erachtete genehmigen.